

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Jakob Schwarz, Elisabeth Götze, Ralph Schallmeiner, Markus Koza, Sigrid Maurer, Freundinnen und Freunde

betreffend Klimakrise endlich ernst nehmen - Hitzeschutz jetzt!

eingebraucht im Zuge der Debatte zu TOP 2, Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (494 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2027 (Bundesfinanzgesetz 2027 – BFG 2027) samt Anlagen (587 d.B.) – UG 43 Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft

BEGRÜNDUNG

Extreme Hitze ist keine abstrakte Zukunftsgefahr mehr, sie ist längst Realität in unseren Gemeinden, Städten und Regionen: Überhitzte Wohnungen, fehlende Beschattung im öffentlichen Raum, zu wenige Rückzugsorte zum Abkühlen. Die Folgen mangelnder Vorsorge werden immer spürbarer. Gleichzeitig sinkt das Budget für Klimaschutz und Klimawandelanpassung in der UG 43, und zwar um 405 Millionen Euro im Vergleich zum BVA 2026. Damit steigt das Risiko für erhöhte Klimaschäden und Strafzahlungen während gleichzeitig auch die Gefahr durch extreme Hitze für die österreichische Bevölkerung steigt.

Noch nie gab es in Österreich im Juni eine so lange und so intensive Hitzewelle wie jene, die wir gerade erlebt haben.¹ Laut dem European Heat Tracker waren am 28. Juni 2026 rund 8,1 Millionen Menschen in Österreich Temperaturen von über 30 Grad Celsius ausgesetzt, rund 5,4 Millionen Menschen sogar Temperaturen über 35 Grad. An diesem Tag lag die Temperatur rund 10,6 Grad über dem Durchschnittlichen Wert von 1961 bis 1990.² In Wien wurde erstmals die 40 Grad Marke erreicht. In weiten Teilen des Landes galt die höchste Hitzewarnstufe.³

Das ist kein Ausreißer, sondern Teil eines klaren Trends: Europa erhitzt sich schneller als der globale Durchschnitt, Hitzewellen werden häufiger, länger und intensiver. Die Zahl der Tage mit gefährlichen Hitzewarnungen in Europa hat zwischen 2015 und 2024 im Vergleich zu 1991 bis 2000 um 318 Prozent zugenommen.⁴ Extreme Hitze ist damit längst ein strukturelles Problem, das Infrastruktur, Gesundheitssysteme und den Alltag der Menschen belastet.

¹ <https://orf.at/stories/3434361/>

² <https://heat-tracker.eu/austria>

³ <https://orf.at/stories/3434247/>

⁴ [https://www.thelancet.com/journals/lanpub/article/PIIS2468-2667\(26\)00025-3/fulltext](https://www.thelancet.com/journals/lanpub/article/PIIS2468-2667(26)00025-3/fulltext)

Dabei trifft Hitze nicht alle gleich. Besonders gefährdet sind ältere und pflegebedürftige Menschen, Säuglinge und Kleinkinder, Schwangere, Menschen mit chronischen Erkrankungen sowie Personen, die im Freien arbeiten oder wohnungslos sind. Hitzeschutz ist damit auch eine Frage sozialer Gerechtigkeit: Armutsbetroffene und sozioökonomisch benachteiligte Menschen leben häufig in schlecht gedämmten Wohnungen und in Vierteln mit wenig Grün, viel versiegelter Fläche und hoher Verkehrsdichte – und haben gleichzeitig die geringsten Möglichkeiten, sich zu schützen. Hitze verstärkt so bestehende soziale Ungleichheiten.^{5,6} Hitzeschutz ist daher eine Frage der Daseinsvorsorge und eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Genau deshalb muss er auch auf allen politischen Ebenen zur Pflichtaufgabe werden: Vom Bund bis hin zur Gemeinde.

Bislang fehlen in Österreich jedoch niederschwellige öffentliche Schutzangebote vor extremer Hitze, wie etwa flächendeckende gekühlte Rückzugsorte. Denn viele Gemeinden stehen unter finanziellem Druck: Investitionen in Klimaschutz und Klimawandelanpassung werden hintangestellt, notwendige Maßnahmen aufgeschoben – mit spürbaren negativen Folgen für die Bevölkerung. Es braucht daher eine entschlossene Umlenkung von öffentlichen Geldern hin zu Klimaschutz, Klimawandelanpassung sowie zur Schaffung von Natur- und Grünflächen – und ein Ende neuer fossiler Subventionen sowie von Geldern für Autobahnprojekte, die das Hitzerisiko nur weiter erhöhen. Es braucht Mittel für Klimaschutz, um die Temperatur langfristig in einem lebenswerten Bereich zu halten, ebenso wie für Renaturierung und Begrünung. Gerade in Städten sind mehr Grünraum, Beschattung und Bäume zur Kühlung unverzichtbar. Gemeinden muss es daher ermöglicht werden, diese Investitionen zu tätigen und ihre Bürger:innen wirksam vor den Folgen der Klimakrise zu schützen.

Darüber hinaus sollte die Bundesregierung gemeinsam mit Ländern und Gemeinden rasch Sofortmaßnahmen zum Schutz der Menschen vor extremer Hitze erarbeiten. Viele Vorschläge liegen bereits am Tisch – von Hitzeschutzräumen über kostenlosen Zugang zu Abkühlungsmöglichkeiten bis hin zu einem wirksamen Arbeitnehmer:innenschutz, der Betriebe zu verpflichtenden Maßnahmenplänen, klaren Auszeit-Regelungen und zeitlichen Obergrenzen für Arbeit während der Hitze verpflichtet.

Hitzeschutz- und Anpassungsmaßnahmen sind dringend notwendig, aber sie können nur eine Säule im Umgang mit der Klimakrise sein. Nur wirksamer Klimaschutz sorgt dafür, dass die Kosten für Gesundheit, Pflege, Infrastruktur und weitere Klimaschäden nicht mit der Hitzebelastung ständig weiter steigen. Die Bundesregierung muss die Klimakrise endlich in ihrer Dringlichkeit ernst nehmen, die Treibhausgasemissionen mit einem ambitionierten Klimaschutzprogramm wirksam senken und

⁵ <https://www.nature.com/articles/s44284-024-00077-x#:text=Using%20socioeconomic%20indicators%2C%20this%20study,GCoS%20than%20upper%2Dincome%20groups>.

⁶ <https://www.nature.com/articles/s42949-025-00202-2>

eine ernsthafte, langfristige Klimapolitik betreiben, um die Bevölkerung vor den langfristigen Folgen der Klimakrise zu schützen.

Damit die Menschen in Österreich sowohl kurz- als auch langfristig vor extremer Hitze geschützt werden, muss die Bundesregierung:

- gemeinsam mit Ländern und Gemeinden Sofortmaßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor extremer Hitze erarbeiten;
- Gemeinden finanzielle Mittel für Hitzeschutz und Klimawandelanpassungsmaßnahmen zur Verfügung stellen statt klimaschädliche Subventionen weiter auszubauen;
- zum Schutz von Schüler:innen, Kranken und älteren Menschen eine Klimatisierungs-Offensive in öffentlichen Gebäuden starten, mit Priorität auf besonders gefährdete Standorte;
- einen wirksamen Arbeitnehmer:innenschutz bei extremer Hitze sicherstellen, mit verpflichtenden betrieblichen Maßnahmenplänen, wirksamen Kontrollen, klaren Wirkungsvorgaben sowie zeitlichen Obergrenzen für Arbeit in der Hitze;
- unverzüglich ein wirksames Klimaschutzgesetz mit verbindlichen, sektorspezifischen Emissionsreduktionszielen auf dem Pfad zur Klimaneutralität 2040 vorzulegen.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, umfassende Hitzeschutz- und Klimawandelanpassungsmaßnahmen entsprechend der Begründung umzusetzen, die dafür notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen und dem Nationalrat die erforderlichen Gesetzesvorlagen zuzuleiten.“

(Schwarz)

(Moser)

(Schauwsinkel)

(Zerbst)

(Göts)

(Kotek)

